

Frage des Tages

Soll Baselland seine Operations-Liste der von Basel-Stadt angleichen?

In der Stadt werden zurzeit 13 Eingriffe nur noch ambulant ausgeführt. Das Baselland will die Spitalfusion abwarten. www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Soll der Schutz von Bäumen in Basel-Stadt verschärft werden?

44% Nein (198) 56% Ja (251)



Die Operations-Liste, die beide Basel trennt

Die Regierungen betonen stets, die Gesundheitsregion gemeinsam zu planen – doch die Realität sieht anders aus

Von Joël Hoffmann

Basel/Liestal. Beide Basel wollen ein Miteinander und kein Gegeneinander mehr – zumindest im Gesundheitswesen. Das betonen die Gesundheitsdirektoren bei jeder Gelegenheit. Die Spitalfusion und die gemeinsame Gesundheitsregion sind zwei Staatsverträge, über die das Stimmvolk Ende Februar 2019 wird abstimmen können. Doch der demonstrativen Zusammenarbeit zum Trotz gehen beide Basel in einem Kernthema vorläufig getrennte Wege: bei den ambulanten Eingriffen.

Basel hat eine Liste von 13 Operationen per 1. Juli eingeführt, die nur noch ambulant durchgeführt werden dürfen. Baselland hingegen hat diese Liste nicht übernommen. Die Folge: Mindererträge bei Basler Spitalern – das angeschlagene Kantonsspital Baselland wird hingegen finanziell geschont.

Die medizinischen und technischen Entwicklungen gehen rasant voran und ermöglichen den Chirurgen, viele Eingriffe rascher und vor allem ambulant durchzuführen. Die Behandlungsqualität bleibt gleich, doch der Patient geht am Morgen ins Spital und ist am Abend wieder zuhause – mehrtägige Spitalaufenthalte können vermieden werden.

In der Schweiz werden im Vergleich mit anderen europäischen Ländern noch relativ wenig Eingriffe ambulant durchgeführt. 20 Prozent sind es in der Schweiz, in den Niederlanden bereits 50 Prozent der Operationen.

Millionen-Verluste in Basel

Basel-Stadt will den Anteil ambulanter Eingriffe erhöhen, weil dies nebst dem besseren Komfort für die Patienten auch günstiger ist. Mit dem aktuellen Finanzierungsmodell wird der Kanton voll entlastet, derweil umstritten ist, inwiefern die Krankenkassen, die 100 Prozent der ambulanten Eingriffe bezahlen müssen, unter dem Strich günstiger oder schlechter wegkommen als bei stationären Operationen. Ver-

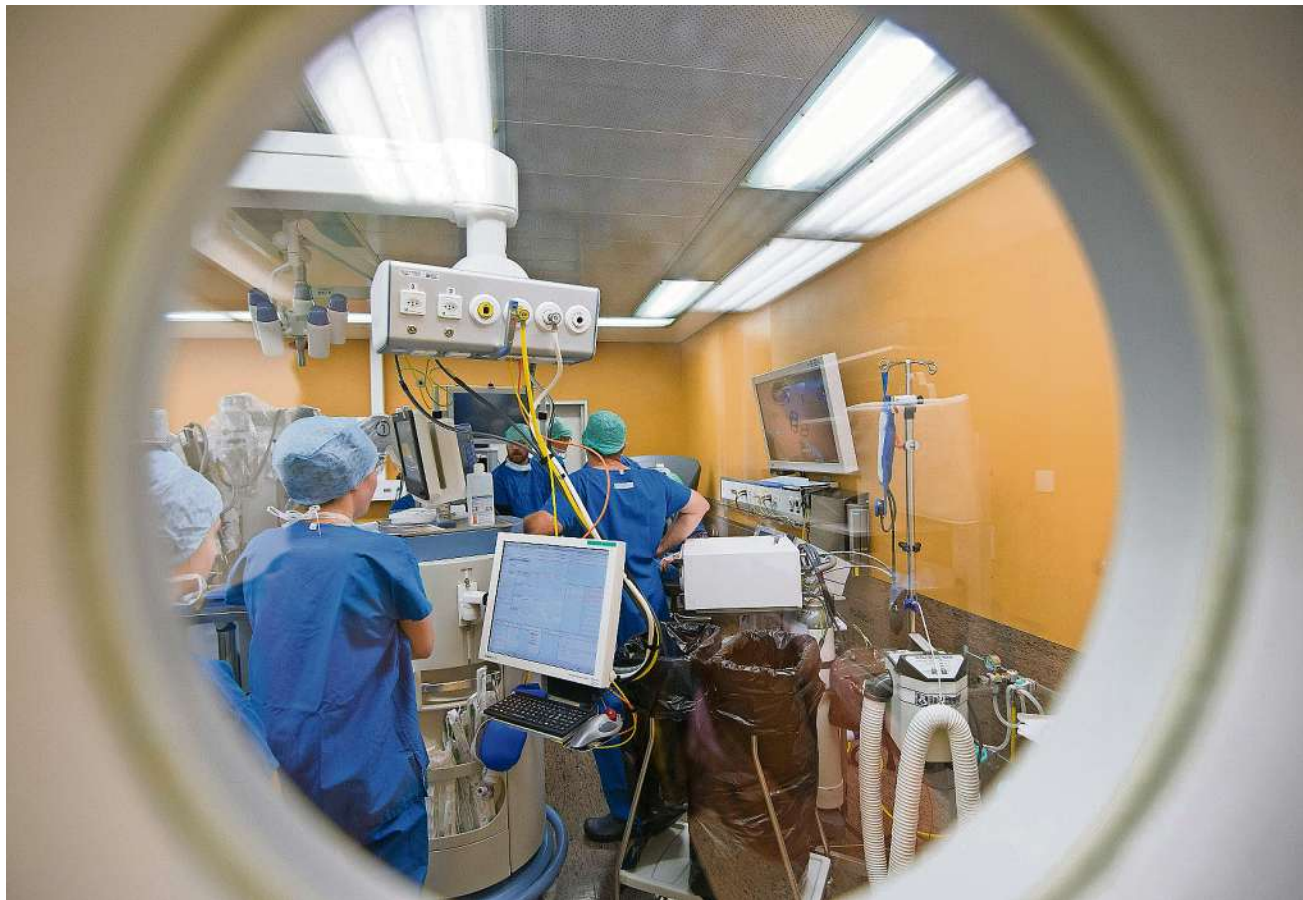
handlungen über neue Finanzierungsmodelle laufen auf Bundesebene. Fakt ist aber: Das Umsteigen auf ambulant nimmt Kosten aus dem System raus.

Der Bund wird seinerseits per Januar 2019 eine Liste mit sechs ambulanten Eingriffen einführen. Basel geht weiter als der Bund, das Baselland jedoch hat aktuell noch keine solche Liste. Das hat gemäss Quellen damit zu tun, dass das Kantonsspital finanziell angeschlagen ist. Ambulante Eingriffe sind zurzeit nämlich noch nicht kostendeckend, weil sie auf einer veralteten Gesetzesgrundlage beruhen. In der Tat machen Basler Spitäler seit der 13er-Liste je nach Institution mehrere Millionen Franken weniger Umsatz. Diese Einschnitte bleiben den Baselländer Spitalern vorerst erspart. Ab Januar 2019 muss zwar auch das Baselland sechs Eingriffe ausschliesslich ambulant anbieten, doch die Ungleichbehandlung bleibt bestehen.

Schonfrist für Baselland

Das Vorgehen der Baselländer Regierung widerspricht offensichtlich dem politisch geäusserten Willen zur gemeinsamen Gesundheitsplanung. Rolf Wirz, Sprecher der Baselländer Gesundheitsdirektion sieht dies anders: «Wir sind uns absolut einig, dass bei gleichbleibender Qualität ambulante Eingriffe den stationären vorzuziehen sind.» Doch wenn dem so sei, wie die Baselländer Gesundheitsdirektion mitteilt, weshalb hat sie die Liste nicht gleichzeitig mit Basel eingeführt. «Diese Steuerungsmöglichkeit war Teil der politischen Diskussion um das Spitalversorgungsgesetz», sagt Wirz. Der Baselländer Regierungsrat, so Wirz weiter, habe dieser Diskussion mit einer vorzeitigen Einführung einer ambulanten Liste «nicht vorgreifen» wollen. Doch dieses Argument hätte auch Basel heranziehen können.

Es scheint so, als gebe die Baselländer Regierung dem Kantonsspital eine Schonfrist bis zur Spitalfusion.



Hinkt hinterher. In Liestal müssen einfache Eingriffe immer noch nicht ambulant durchgeführt werden. Foto Keystone

Im Streit um Zusatzversicherte am Unispital zeichnen sich Lösungen ab

Basel. Das Unispital Basel liegt seit geraumer Zeit im Streit mit diversen Krankenkassen wegen den Tarifen für Zusatzversicherte. Die Konsequenz: Einige Versicherer rieten ihren Versicherten, nicht in das Unispital zu gehen, weil sie dort auf Teilen der eigentlich versicherten Zusatzleistungen sitzen bleiben würden. Das hiesse, der Zusatzversicherte bezahle seit Jahren Prämien für ein Angebot, das er am Unispital wegen des Streits am Ende selber bezahlen müsste. Nun scheinen die betroffenen Privat-

patienten aufatmen zu können, wie eine Rückfrage beim Unispital zeigt. «Das Unispital ist mit allen Versicherern auf der Zielgeraden in den Vertragsverhandlungen – ausser mit der Sympany. Mit Concordia und Assura haben wir bereits Verträge abgeschlossen, mit der Groupe Mutuel und Helsana sind wir auf besten Wegen», sagt Spitalsprecher Thomas Pfluger. «Wir drängen darauf, auch mit der Sympany möglichst rasch einen Vertrag abzuschliessen», heisst es beim Unispital weiter. Letztlich gehe es darum,

dass die Patientinnen und Patienten die Leistungen vergütet erhalten, für die sie oft seit Jahren eine Zusatzversicherung bezahlen. Doch die Differenzen mit der Basler Sympany sind noch gross: «Das Tarif-Angebot, das uns die Sympany vor Kurzem gemacht hat, liegt deutlich unter dem, was alle anderen Versicherer zu zahlen bereit sind», so Pfluger weiter. Das Angebot liege auch deutlich unter der Benchmark mit den anderen Unispitalen der Schweiz. Die Sympany ist in Basel eine der grössten Versicherungen. jho

Appell für S-Bahn Basel

Aufforderung an den Bundesrat

Basel/Liestal. Der Bundesrat soll die Projektierungskosten für das Herzstück Basel in die Botschaft zum STEP Bahnausbau 2035 aufnehmen: Dies fordern die zuständigen Kommissionen der Parlamente von Baselland und Basel-Stadt, wie sie gestern mitteilten.

Die Baselländer Bau- und Planungskommission und die Basler Regiokommission nehmen damit die identischen Vernehmlassungsantworten der beiden Regierungen von Anfang Jahr nochmals auf. Mit der Aufnahme der Projektierungsmittel von rund 120 Millionen Franken könnten die Arbeiten am Herzstück ohne Unterbruch bis zur Realisierung weitergeführt werden, hiess es damals.

Die beiden Kantonsregierungen hatten sich skeptisch zu einer kantonalen Vorfinanzierung der Projektierungskosten geäussert, wie der Bund sie vorgeschlagen hatte: Dies sei für die Kantone nur dann denkbar, wenn es eine Garantie auf Rückzahlung gebe; eine Vorfinanzierung auf eigenes Risiko lehnen sie ab.

Die Konsequenzen einer Nicht-Aufnahme in die Botschaft zum STEP Bahnausbau 2035 wären für die Kommissionen inakzeptabel: Die Projektierung würde gestoppt, das Vorhaben würde wohl rasch zum Stillstand kommen und eine Inbetriebnahme des Herzstücks würde so in den Horizont 2045 bis 2050 hinausgeschoben. Die Vision der trinationalen S-Bahn mit Durchmesserlinien würde so während mehreren Jahrzehnten nicht verwirklicht, warnen die Kommissionen. Das Herzstück sei «zwingend nötig», um die kritische Verkehrssituation der Region zu verbessern. SDA

Daniela Schneeberger will ins Stöckli

Balz Stückelberger steckt zurück und signalisiert Unterstützung für die Thürnerin

Von Thomas Gubler

Liestal/Thürnen. Nun hat Daniela Schneeberger also die Katze aus dem Sack gelassen. Wie die *bz* Basel in ihrer gestrigen Ausgabe vermeldete, will die FDP-Nationalrätin aus Thürnen bei den eidgenössischen Wahlen vom Herbst 2019 für den Ständerat kandidieren. Sie hat sich für diesen Entscheid Zeit gelassen. Noch vor wenigen Monaten hatte sie wenig Begeisterung gezeigt und jeweils erklärt, dass sie im Nationalrat sehr gut Tritt gefasst habe und sich dort wohl fühle.

Als sie dann aber nach der Rücktrittserklärung von Bundesrat Johann Schneider-Ammann auf allfällige Bundesratsambitionen angesprochen wurde, stellte die 51-jährige Oberbaselländerin diese in Abrede, aber nur um mit der Absicht herauszurücken, nun doch für den Ständerat zu kandidieren. Und wie sie gestern gegenüber der *BaZ* erklärte, stellt sie sich dabei «eine Doppelkandidatur für den Stände- und für den Nationalrat» vor. Sie habe zahlreiche Gespräche mit aktiven Mandatsträgern betreffend ihrer beruflichen Situation und ihrer Mandate als Präsidentin der Treuhandsuisse und dem Vorstand des Gewerbeverbandes geführt. Dabei sei sie zur Überzeugung gelangt, dass ein Sitz in der Kleinen Kammer zwar zeitlich aufwendiger, «weil ich dann in drei Kommissionen mitarbeiten werde statt in einer», für sie aber gut zu bewältigen sei.

Ganz überraschend kommt Schneebergers Schritt nicht. Falls Amtsinhaber Claude Janiak auf Ende der laufenden Amtsperiode zurücktritt – und davon kann man ausgehen –, dann sind die Chancen der Bürgerlichen, den einzi-



Foto Keystone

Neue Perspektive. Schneeberger stellt sich eine Doppelkandidatur für den Stände- und Nationalrat vor.

gen Baselländer Ständeratssitz zurückzuerobern, so gut wie schon lange nicht mehr. Und nachdem mit der Regierungsratskandidatur von Thomas de Courten (SVP) klar geworden war, dass beim Ständerat die Freisinnigen am Zug sind, kamen für eine Kandidatur eigentlich nur noch die amtierende freisinnige Nationalrätin und FDP-Landrat Balz Stückelberger in Frage.

Andere Prioritäten

Stückelberger, der 2015 in der parteiinternen Ausmarchung um die Ständeratskandidatur Christoph Buser nur ganz knapp unterlegen war, hat Schneebergers Entschluss bereits begrüsst und auf eine eigene parteiinterne Bewerbung verzichtet. Er werde Daniela Schneeberger unterstützen in der Überzeugung, dass sie die besten

Chancen habe, für die Bürgerlichen den Sitz zu erobern. Seine Ambitionen auf ein eidgenössisches Amt begräbt der Arlesheimer damit aber nicht. «Mein Interesse an einem Platz auf der FDP-Nationalratsliste ist bekannt», sagt Stückelberger. Ein Anspruch, der legitim ist, nachdem sich kürzlich der frühere Handelskammer-Chef Franz Saladin nicht nur beruflich zurückgemeldet, sondern auch politisch in Erinnerung gerufen hatte. Saladin und Stückelberger hatten 2011 die Plätze zwei und drei hinter Schneeberger belegt – mit einem Abstand von jeweils gut 500 Stimmen.

Verhaltener Präsident

Somit wäre für die FDP eigentlich alles klar. Man verfügt über eine valable Kandidatin und könnte sich nun, da die Nomination von Daniela Schneeberger unter diesen Umständen so gut wie sicher ist, auf die Konkurrenz einstellen. Und diese ist mit SP-Nationalrat Eric Nussbaumer sowie den Nationalrätinnen Maya Graf (Grüne) und Elisabeth Schneider-Schneider (CVP) beträchtlich. Doch wer von Parteipräsident Paul Hofer eine klare Statement zugunsten der Thürnerin erwartet hat, wird enttäuscht. Man verfüge eben noch über andere Bewerbungen. Um wen es sich dabei handelt, wollte er nicht verraten.

Dass Schneeberger jedoch nach Stückelbergers «Verzicht» parteiintern eine ernsthafte und chancenreiche Konkurrenz erwachsen könnte, ist kaum vorstellbar. Für den FDP-Präsidenten gilt aber: «Die Nomination nimmt die Delegiertenversammlung vor und nicht der Präsident. Auch wenn ich mich über die Bewerbung von Daniela Schneeberger natürlich freue.»

Anhörung zum Lärmschutz

Flughafen Basel-Mulhouse

Mulhouse. Der Lärmvorsorgeplan für den EuroAirport wird aktualisiert. Gestern hat die Präfektur des Départements du Haut-Rhin die öffentliche Anhörung dazu eröffnet. Daran können auch die Schweizer Nachbarn teilnehmen. Die Anhörung zum Lärmvorsorgeplan für die Jahre 2018 bis 2022 läuft vom 8. Oktober bis am 7. Dezember 2018. Anwohnerinnen und Anwohner des EuroAirport in der Schweiz könnten Stellungnahmen via Internet auch in deutscher Sprache abgeben, wie die für den Flughafen zuständigen Stellen in den beiden Basel gestern mitteilten.

Die Unterlagen seien neben der Website der französischen Behörde auch in Papierform einsehbar, dies in Colmar und Mulhouse. Dort könne man ebenfalls Stellungnahmen abgeben. Der nach französischem Recht zu erstellende «Plan de prévention du bruit dans l'environnement» müsse regelmässig aktualisiert werden.

Der Lärmvorsorgeplan stellt den Kontext des Flughafens Basel-Mulhouse und die aktuelle Lärmsituation dar und zeigt auf, welche Massnahmen zur Fluglärmminderung bereits beschlossen und umgesetzt wurden. Weiter legt der Plan dar, welche neuen oder weiteren Massnahmen an die Hand genommen werden sollen.

Grundlage für den Lärmvorsorgeplan sind die Anforderungen einer einschlägigen EU-Richtlinie aus dem Jahre 2002, die Frankreich in nationales Recht umgesetzt hat und die auch für den EuroAirport Basel-Mulhouse Anwendung findet. Die derzeitige Fassung des Lärmvorsorgeplans für den EuroAirport war im Jahr 2011 erlassen worden. SDA